



INGOLSTADT *informiert*

AUSGABE 18
29. April 2016



Mehr Mitsprache

Konzept zur
Bürgerbeteiligung



Hinschauen!

Stadt und Schulen
kooperieren



Ausbau

Unterhaunstadt kurz vor
Anschluss ans Glasfasernetz

Herausgegeben vom
Presseamt der Stadt Ingolstadt



Kein Hürdenlauf
Barrierefreiheit immer wichtiger



Gäste aus Fernost



Eine sechsköpfige Delegation aus dem Distrikt Chancheng der Partnerstadt Foshan war auf Kurzbesuch in Ingolstadt. Die Gruppe um die stellvertretende Direktorin des Bezirks, Mei Du, führte unter anderem Gespräche über die weitere Zusammenarbeit auf den Gebieten Kultur, Tourismus und Wirtschaft. Außerdem gab es Führungen bei Audi und auf dem LGS-Gelände. Foto: Friedl

Eltern-Training

Das Peter-Steuart-Haus verfügt jetzt über einen sogenannten Elterntrainingsbereich. Dort können Eltern lernen, Unterstützung beim Umgang mit ihren Kindern zu erhalten. Eine Familientherapeutin und ein Sozialpädagoge führen das Training durch. Es besteht aus sechs Modulen, die sich über einen Zeitraum von etwa drei Monaten verteilen. Das Angebot richtet sich an Eltern, deren Kinder bereits eine (teil-)stationäre oder ambulante Hilfe durch das Peter-Steuart-Haus erhalten.

Zahl der Woche

500

Euro bekamen jeweils der Hospizverein, das Frauenhaus, die Selbsthilfegruppe Krebskrankungen, der Verein Wirbelwind sowie die Straßenambulanz von der Gruppe „Basteln für einen guten Zweck“ des Bürgerhauses überreicht. Das Geld ist der Erlös aus den Verkaufsaktionen der engagierten Gruppe.

Partizipation

Noch mehr Mitsprache

Neues Konzept zur Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung – meistens wird dieses Schlagwort im Kontext von „direkter Demokratie“ verwendet. Das heißt, die Bürger bringen sich bei bestimmten Themen mit ihrer Meinung, ihren Vorschlägen und Anregungen ein. Diese Äußerungen haben dann Einfluss auf die politischen Entscheidungen. Bürgerbeteiligung ist aber noch mehr. Es bedeutet auch, dass sich Bürger über verschiedene Kanäle und Medien informieren können, dass es Möglichkeiten zum Feedback an die Verwaltung gibt und dass Kritik nicht ungehört verhallt. In Ingolstadt gibt es bereits seit mehreren Jahren ein breites Spektrum an Bürgerbeteiligungen. Doch bislang stehen diese Angebote noch einzeln für sich, eine übergeordnete Struktur fehlt. Das ändert sich nun. Denn im Auftrag der Stadt hat der Lehrstuhl für Dienstleistungsmanagement der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt nun ein Konzept angefertigt. Der Titel: „Bürgerbeteiligung in Ingolstadt erfolgreich gestalten“. Im Interview erklärt Oberbürgermeister Christian Lösel die Ergebnisse dieser Untersuchung.

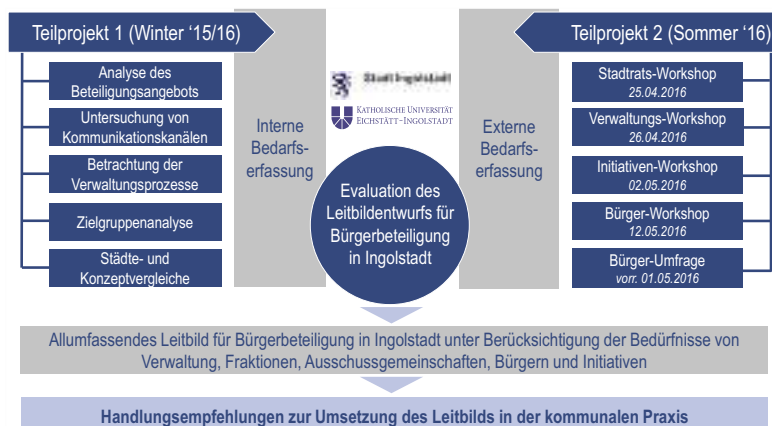
Herr Oberbürgermeister, wie kam es zu dem Auftrag für das Projekt?

Christian Lösel: „Seit Beginn meiner Amtszeit vor zwei Jahren habe ich die Bürgerbeteiligung in Ingolstadt in allen Bereichen gestärkt. Wir haben ein Sach-

gebiet Bürgerbeteiligung unter der Leitung des Bürgerbeauftragten Michael Stumpf eingerichtet und viele Bürgerveranstaltungen durchgeführt. Größere Projekte der Bürgerbeteiligung waren die Neugestaltungen von Rathausplatz und Fußgängerzone, die künftige Nutzung des Georgianums sowie die ‚Stadt an der Donau‘. Diese Projekte werden auch in den kommenden Monaten und Jahren ihre Fortsetzung finden. Die Vorhaben der Stadtverwaltung sind jedoch so vielfältig, dass wir versuchen müssen, alle Bereiche der Stadtverwaltung bei Bürgerveranstaltungen strukturiert einzubinden. Deswegen haben wir die Entwicklung eines ‚ganzheitlichen Bürgerbeteiligungskonzepts‘ in Auftrag gegeben. Wir haben die Erarbeitung dieses Konzepts im Winter 2015 ausgeschrieben, den Zuschlag hat die Katholische Universität mit deren Wissenschaftlern und Studenten im Rahmen einer Forschungs Kooperation bekommen. Jetzt liegt die Präsentation der Zwischenergebnisse vor.“

Was genau steht in diesem Konzept?

Lösel: „Das Konzept ist aufgebaut in Bestandsanalyse, qualitative Studie, Leitbildentwurf zur Bürgerbeteiligung und einen Maßnahmenkatalog. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass in Ingolstadt bereits ein vielfältiges Angebot





INGOLSTADT *informiert*



OB Christian Lösel im Gespräch mit Bürgern. Foto: Betz

zur Bürgerbeteiligung besteht. Die Stadtverwaltung und unabhängige Bürgerinitiativen nutzen zahlreiche On- und Offline-Kanäle, um den Bürgern relevante Informationen zugänglich zu machen. In der Strukturierung des Angebots, bei den verfügbaren Kanälen sowie bei der Aktivierung der Bürger besteht dennoch Verbesserungspotenzial. Die Studenten haben für das Konzept auch andere Städte wie Regensburg und Erlangen angeschaut und geprüft, wie dort Bürgerbeteiligung umgesetzt wird und was Ingolstadt davon ‚abschauen‘ kann. Außerdem wurden Interviews mit Mitarbeitern aus der Stadtverwaltung und Mitgliedern des Stadtrates geführt. Dabei wurden das aktuelle Bürgerbeteiligungsangebot reflektiert sowie zukünftige Entwicklungsfelder diskutiert.“

Welche Stärken bei der Bürgerbeteiligung in Ingolstadt sind erkannt worden?

Lösel: „Die Stärken sind vor allem darin zu sehen, dass wir bereits ein vielfältiges Angebot an Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten haben. Dazu zählen zum Beispiel die Bezirksausschüsse, der Bürgerhaushalt, aber auch formelle Beteiligungsverfahren. Darüber hinaus gibt es eine hohe Ansprechbar- und Erreichbarkeit des Rathauses und der Bürgermeister, sei es über das Beschwerdemanagement, persönlich oder über das Internet und die Sozialen Medien.“

Und welche Verbesserungsmöglichkeiten wurden festgestellt?

Lösel: „Als verbesserungswürdig wurde vor allem das fehlende Leitbild an-

gesehen. Der Zugang zu Informationen, zum Beispiel über die Homepage, könnte noch einfacher sein und eine verbesserte Strukturierung des Beschwerdemanagements wird angeregt. Um es auf den Punkt zu bringen: Optimieren, strukturieren, noch bürgerfreundlicher werden.“

Gibt es auch schon konkrete Maßnahmenvorschläge?

Lösel: „Auf Basis der Analyse schlagen die Verfasser zum Beispiel die ‚Etablierung einer umfassenden Dachmarke‘, die Verbesserung des offenen Dialogs zwischen Bürgern und Verwaltung mit Hilfe einer zentralen Koordinierungsstelle sowie eine Intensivierung der Jugendpartizipation vor. Außerdem sei eine Online-Plattform sinnvoll, wo Bürgerbeteiligungsangebote gesammelt, strukturiert und verknüpft werden. Ein anderer Vorschlag ist die Installation von digitalen Anzeigetafeln an stark frequentierten Orten, wie dem Rathausplatz, der Fußgängerzone oder dem Bahnhof. Mit diesen vorgeschlagenen Maßnahmen gehen wir nun ergebnisoffen in die weitere Diskussion.“

Wie geht es jetzt weiter?

Lösel: „In diesen Tagen finden nun vier Workshops mit dem Stadtrat, der Stadtverwaltung, Initiativen und bürgerschaftlich Engagierten sowie den Bürgern statt (siehe auch Infokasten). Im Juni wird das Gesamtprojekt präsentiert, der Ergebnisbericht bis Mitte August abgegeben. Im Laufe des zweiten Halbjahres steht dann das fertige Konzept zur Diskussion im Stadtrat bereit, der dann letztlich entscheidet.“

Ein großes Projekt, bei dem es schon ein Bürgerbeteiligungsverfahren gab, ist die Umgestaltung der Fußgängerzone...

Lösel: „Die Umgestaltung der Fußgängerzone ist ein gutes Beispiel, wie wir Bürgerbeteiligung bereits durchführen. Schon 2014 gab es einen Stadtspaziergang, eine Fragebogen-Aktion sowie Bürgerwerkstätten und Workshops. 2015 wurden die Architekturvorschläge aus dem Wettbewerb öffentlich ausgestellt, parallel lief wiederum eine Bürgerumfrage dazu. Die Ideen und Anregungen daraus fließen in den weiteren Planungsprozess mit ein. Inzwischen sind wir so weit, dass die Sparten Träger ihre Untersuchungen (Kanal, Gas, Strom, Fernwärme...) durchführen können. Daneben planen wir aktuell die einzelnen Bauabschnitte, denn der Umbau kann natürlich nur abschnittsweise geschehen.“

Glauben Sie, dass „Bürgerbeteiligung“ grundsätzlich ein Thema ist, das den Großteil der Bevölkerung anspricht – oder nur eine kleinere Zielgruppe erreicht?

Lösel: „Natürlich fühlen sich nur wenige Ingolstädter berufen, sich zu allen anstehenden Themen zu äußern und sich einzubringen. Es gibt aber gerade bei den Beteiligungen in den einzelnen Stadtteilen durchaus sehr engagierte Bürger, die sich bei einzelnen Projekten wie Baugebieten, Sportplätzen, Grünanlagen, Dorfplätzen, Spielflächen sehr leidenschaftlich mit eigenem Fachwissen und oftmals sogar mit eigener Arbeit und eigenem Geld einbringen. Das ist sehr zu begrüßen und muss klar unterschieden werden von denjenigen, die zu jedem Thema etwas zu sagen haben.“

Workshop für Bürger

Am 12. Mai wird in der Volkshochschule in Ingolstadt ein Workshop für Bürger angeboten. Es werden Entwürfe vorgestellt und aktiv in kleinen und themenspezifischen Diskussionsrunden besprochen. Die Anmeldung kann online (www.zumlink.de/buergerbeteiligung-ingolstadt) oder telefonisch unter (0841) 937-21972 erfolgen. Anfang Mai folgt noch eine Onlineumfrage zum Thema.



Tiefbau

Kein Hürdenlauf

Immer mehr Straßen, Wege und Haltestellen werden barrierefrei

Egal ob Senioren mit Rollator oder Gehstock, Eltern mit Kinderwagen oder Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind – sich ohne bauliche Hürden bewegen zu können, ist für alle Personengruppen sehr wichtig. Das Thema „Barrierefreiheit“ nimmt deshalb auch einen hohen Stellenwert in der Stadtverwaltung ein und spielt bei Bauprojekten eine gewichtige Rolle. So erfolgen Planungen für Straßenneu- oder -umbauten in enger Abstimmung mit der städtischen Behindertenbeauftragten. Und auch beim Öffentlichen Personennahverkehr hat sich in den vergangenen Jahren einiges getan.

Länger Grün

Typischstes Beispiel für Barrierefreiheit im Straßen- und Wegebau sind sicherlich abgesenkte Bordsteine. Solche Rampen erleichtern vor allem Menschen, die mit einem Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen unterwegs sind, das Queren von Kreuzungen oder helfen bei Übergängen von Fußgänger- beziehungsweise Radwegen. Die Stadt hat schon vor drei Jahren ein „Gehwegabsenkungsprogramm“ aufgelegt. Seit 2013 wurde hier rund eine halbe Million Euro in die Barrierefreiheit investiert, insbesondere Vorschläge, die von der Behindertenbeauftragten eingereicht wurden, sind realisiert worden. Auch die beiden kommenden Großprojekte Landes-



Auf Knopfdruck werden an Bushaltestellen die aktuellen Abfahrtszeiten vorgelesen. Foto: Betz

gartenschau und Neugestaltung der Fußgängerzone sollen barrierefrei umgesetzt werden. An der sogenannten Marktkaufkreuzung sind Zusatzeinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte geplant. An den Ampeln kann die Grünphase für Fußgänger auf Anforderung dann verlängert werden, so dass Personen länger Zeit haben, die Straße zu queren. Viele Ampelanlagen im Stadtgebiet sind zudem mit Tonsignalen ausgerüstet, ein Piep-Ton zeigt hier die Dauer der Grünphasen an. Ein weiterer Punkt sind eigene Behindertenparkplätze, die in den vergangenen Jahren ausgebaut und optimiert wurden.

Barrierefreier ÖPNV

Barrierefreiheit ist aber nicht nur wichtig, wenn man zu Fuß unterwegs ist, sondern vor allem auch im Öffentlichen Personennahverkehr. Bis zum Jahr 2022 will die INVG alle Haltestellen und Busse barrierefrei gestaltet haben – ein Großteil ist bereits jetzt entsprechend ausgestattet. Im Mittelpunkt steht dabei das sogenannte

„Kassler Sonderbord“, ein spezieller Randstein mit abgerundeten Kanten. Die abgesenkten Busse der INVG können sehr nahe an die Haltestelle heranfahren und die Gäste müssen beim Ein- und Aussteigen keine Stufe mehr überwinden. Die Bushaltestellen werden sukzessive mit diesem System ausgestattet, zuletzt etwa an der Kipfenberger Straße und der Adam-Smith-Straße. Auch am Nordbahnhof ist das „Kassler Sonderbord“ im Einsatz. Überhaupt ist die Ingolstädter „Nahverkehrsdrehscheibe“ ein Paradebeispiel für barrierefreien Bau. Neben abgesenkten Bordsteinen, Aufzügen und ebenerdigen Gebäudezugängen sowie Audio-Services (siehe Infokasten) ist im Bahnhofsumfeld großzügig ein sogenanntes „Taktiles Leitsystem“ verbaut. Gemeint sind spezielle Rillenplatten im Boden, die mit einem Pendel- oder Blindenstock zu ertasten sind und zum Bussteig, ins Gebäude und an Kreuzungen führen. Ab Juli wird auch die Kreuzung Nördliche Ringstraße am Nordbahnhof mit diesen tastbaren Platten ausgerüstet.

Vorlesen auf Knopfdruck

Alle Bushaltestellen, die mit den elektronischen Fahrgastinformationstafeln ausgestattet sind, verfügen auch über eine Sprachauskunft. Bei einem Knopfdruck auf die, auf Taillenhöhe angebrachten, gelben Taster werden automatisch die aktuellen Abfahrtszeiten und Routeninformationen vorgelesen. Dieser Audio-Service ist vor allem für Personen mit eingeschränktem Sehvermögen sehr hilfreich.



Kinderschutz

Gemeinsam hinschauen

Kooperationsvereinbarung zwischen Stadt und Schulen

Natürlich wachsen die meisten Kinder in behüteten und liebevollen familiären Verhältnissen auf. Doch in wenigen Einzelfällen kommt es leider auch vor, dass Kinder zu Hause vernachlässigt werden oder im schlimmsten Fall sogar körperliche Gewalt erleiden müssen. Das rechtzeitig zu erkennen um entsprechende Maßnahmen ergreifen zu können, geht alle an: Verwandte, Nachbarn, Freunde und die Schule. Gerade dort, wo die Kinder täglich lernen und spielen, fällt es zuerst auf, wenn etwas nicht stimmt. Dann kommt es auf eine gute Zusammenarbeit zwischen der Schule, der Jugendhilfe der Stadt und der Familie an. Um schnell und effektiv helfen zu können, haben Stadt und Schulen nun eine Kooperationsvereinbarung zum Schutz von Kindern geschlossen.

Hand in Hand

Effektiven Kinderschutz als gemeinsame, übergreifende Aufgabe zu verstehen – dieser Gedanke lag bereits der im November 2014 erstellten „Netzwerkbezogenen Kinderschutzkonzeption für die Arbeit mit Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren“ zugrunde, um Kindern in unserer Stadt ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen. Damit der Kinderschutz aber auch über das Kindergartenalter hinaus möglich ist, trafen sich seit Mitte Mai 2014 Vertreter der öffentlichen und freien Jugendhilfe mit Vertretern der Schulen. Die Ergebnisse dieses Arbeitsprozesses fließen nun als Bausteine in die neue Kooperationsvereinbarung für Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren ein. „Auch



Gefahren erkennen: Liegt eine Kindeswohlgefährdung vor, gilt es, schnell zu handeln. Foto: Friedl

über das Kindergartenalter hinaus müssen alle beteiligten Akteure Hand in Hand zusammenarbeiten und ihre jeweiligen Aufgaben im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft wahrnehmen“, erklärt Maro Karmann, Leiter des städtischen Amtes für Kinder, Jugend und Familie. „Mit der Kooperationsvereinbarung ist es gelungen, ein sicheres Netz grundlegender Hilfeleistung für unsere schutzbedürftigen Kinder zu knüpfen“, ergänzt Edmund Rieger vom staatlichen Schulamt.

Für den Fall

Konkret geht es ums „gemeinsame Hinschauen“, also um die Frage, wie Lehrer sensibilisiert werden können, um Anzeichen von Kindeswohlgefährdungen zu

erkennen. Dazu gibt es zum einen gemeinsame Fachtage und Fortbildungen für Jugendhilfe und Schulen. Den Lehrern stehen nun aber auch „Ablaufpläne“ zur Verfügung, die aufzeigen, was im Falle des Falles zu tun ist. Eine Kindeswohlgefährdung kann sich zum Beispiel über eine körperliche oder seelische Vernachlässigung, etwa bei Nahrung und Bekleidung, andeuten. Andere Anhaltspunkte sind seelische oder körperliche Misshandlungen oder gar sexueller Missbrauch. Erhärtet sich in der Schule der Verdacht, dass eine Kindeswohlgefährdung vorliegen könnte, so erfolgt zunächst schulintern eine Risikoeinschätzung durch die beteiligten Fachkräfte. Die Verfahrensdauer von der ersten Wahrnehmung einer Gefährdung bis zur konkret notwendigen Reaktion (zum Beispiel Gespräch mit den Eltern, Angebot von Hilfen, Einschalten von Jugendamt oder Polizei) ist umso kürzer, je gravierender die Gefährdung ist. Bereits bei der ersten Risikoabschätzung wird daher abgewogen, ob ein sofortiges Einschreiten erforderlich ist oder ob und wie lange abgewartet werden kann. Ist letzteres der Fall, können die Lehrer Auffälligkeiten in einem Dokumentationsbogen schriftlich festhalten. Dort werden auch alle Handlungsschritte erfasst.

Kindeswohlgefährdung – eine Definition

Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung sind Hinweise oder Informationen über Handlungen gegen Kinder oder Lebensumstände, die das leibliche, geistige oder seelische Wohl

des Kindes gefährden – unabhängig davon, ob sie durch Missbrauch, durch Vernachlässigung, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten bestehen.



Unternehmen der Stadt Ingolstadt *informieren*

comingolstadt

Unterhaunstadt am schnellen Netz

Ausbau des Glasfasernetzes schreitet voran

Blitzschnelles Internet, Fernsehen in brillanter Auflösung und Telefon über einen einzigen Anschluss: Mit dem Baubeginn im Mai 2016 rückt dieses sensationelle Leistungspaket auch für die Bewohner Unterhaunstadts in greifbare Nähe und wird von vielen Anwohnern schon lange erwartet.

„Wir freuen uns, dass der Ausbau des Ingolstädter Stadtgebiets so gut voranschreitet und das Interesse bei den Bürgern so hoch ist“, sagt Siegfried Panzer, Geschäftsführer der comingolstadt. „Immer mehr Bürger können von unserem hochmodernen Glasfasernetz profitieren, das ihnen stabile Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s ganz ohne Drosselung ermöglicht und noch dazu umfassende Multimedia-Pakete zu attraktiven Preisen bietet.“

Kostenloser Anschluss

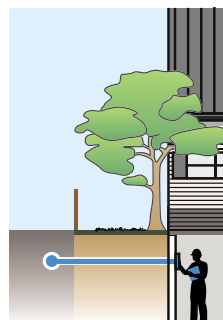
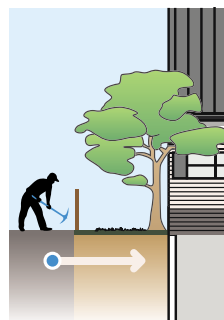
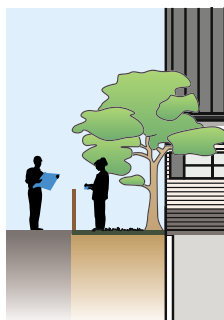
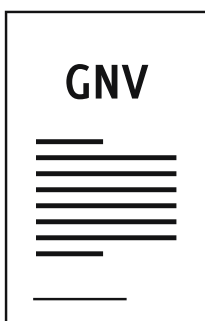
Doch wie kommt man zu einem neuen Glasfaseranschluss? Zuerst müssen Hausbesitzer den sogenannten Grundstücksnutzungsvertrag (GNV) unterzeichnen. Denn erst dadurch wird es der comingolstadt ermöglicht, Bauarbeiten auf dem jeweiligen Grundstück vor-



zunehmen. Daraufhin erfolgt die Planung gemeinsam mit dem Kunden, in der geklärt wird, wie das jeweilige Haus angeschlossen werden soll. Nach der eigentlichen Verlegung der Zuführung wird

der Verteiler in den Keller gesetzt. Dies geschieht für alle Hauseigentümer im Rahmen des flächendeckenden Glasfaserausbaus völlig kostenlos. Nur bei einer nachträglichen Einrichtung werden die

Vier Schritte zum Glasfaseranschluss: So einfach kann man sein Haus anschließen lassen.



- 1 Sie unterschreiben die (GNV) Grundstücksnutzungsverbarung
- 2 Gemeinsam planen wir mit Ihnen wie Ihr Haus angeschlossen wird
- 3 Im Anschluss werden die Leitungen wie vereinbart von uns verlegt
- 4 Zum Schluss setzen wir in Ihrem Keller den Verteiler



**Kostenlos für Hauseigentümer
im Rahmen des flächendeckenden
Glasfasernetzausbaus in Ingolstadt**



Unternehmen der Stadt Ingolstadt *informieren*

Kosten dem Hauseigentümer in Rechnung gestellt.

Persönliche Beratung vor Ort

Das Produktportfolio der comingolstadt umfasst dabei das richtige Produkt für jeden Anspruch. Ob Telefon, HD-TV, Webanschluss oder Premium-Paket – die Tarife der comingolstadt sind mit Bandbreiten von 50 Mbit/s oder 100 Mbit/s ganz auf die Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten. Beratungsgespräche durch die Medienberater der comingolstadt finden persönlich und vor Ort statt. Zudem ist neben der rund um die Uhr erreichbaren, kostenfreien Hotline auch jederzeit ein persönlicher Ansprechpartner des Unternehmens während der Öffnungszeiten (Montag-Freitag 10-18 Uhr, Samstag 9-13 Uhr) des Kundencenters der städtischen Töchter in der Mauthstraße 4 verfügbar.

Daumen hoch: Demnächst werden auch die Unterhaustädter an das Glasfasernetz der comingolstadt angeschlossen. Foto: Fotolia



„Sie entscheiden, wie wir erschließen“ – Häufige Fragen und die Antworten der comingolstadt darauf



■ 1. Wozu verpflichte ich mich mit meiner Unterschrift?

Sie geben Ihre Zustimmung für den Anschluss Ihres Gebäudes an das Glasfasernetz der comingolstadt – mehr nicht.

■ 2. Mit welchen Kosten muss ich rechnen?

Der Hausanschluss ist im Rahmen unserer derzeitigen Ausbauarbeiten für Sie kostenfrei.

■ 3. Ist comingolstadt dann automatisch mein neuer Anbieter?

Nein, die comingolstadt stellt derzeit nur die Infrastruktur bereit. Sobald der Netzausbau in Ihrer Region abgeschlossen ist, wird die comingolstadt mit exklusiven Produkten und Angeboten auf Sie und Ihre Mieter zukommen. Sie können dann frei entscheiden.

■ 4. Wie kommt der Anschluss in mein Haus?

Die Erschließung Ihres Gebäudes wird in enger Abstimmung mit Ihnen durchgeführt. Am Haus wird eine kleine Montagegrube (circa 60 Zentimeter tief, 50 Zentimeter Durchmesser) ausgehoben. Vom Gehweg zu Ihrem Haus erfolgt die Erschließung entweder per Pressung oder es wird aufgegraben.

■ 5. Kann ich sagen, wo auf meinem

Grundstück gegraben werden soll?

Ja. Sie entscheiden, wie wir erschließen.

■ 6. Wie lange dauern die Anschlussarbeiten?

In der Regel erfolgt der Anschluss an einem Tag.

■ 7. Was ist, wenn beim Anschluss etwas beschädigt wird?

Selbstverständlich verpflichten wir uns, in Ihrem Gebäude und auf Ihrem Grundstück wieder alles so herzustellen, wie es vor Beginn der Arbeiten war. Sollten Verunreinigungen oder Schäden auftreten, werden wir diese natürlich beseitigen.

■ 8. Wenn ich den Anschluss nicht will, wird dann trotzdem der Gehweg vor meinem Haus aufgerissen?

Ja. Genau aus diesem Grund bieten wir an, den Hausanschluss in diesem Zuge gleich mit erledigen zu lassen – und dies kostenfrei. Bei einer späteren Erschließung auf Ihren Wunsch hin entstehen Ihnen hierfür weitere Kosten.

■ 9. Verursacht das Kabel in meinem Haus Elektromog?

Nein. Im Glasfaserkabel wird nur Licht geleitet. Es entstehen keine elektromagnetischen Felder oder Strahlung.



Unternehmen der Stadt Ingolstadt *informieren*

INVG

Auch der Drahtesel fährt Bus

Fahrradmitnahme als einjähriger Pilotversuch auf der INVG-Linie 60

Ab sofort können Fahrräder in Ingolstadt im Bus mitgenommen werden. Der Service auf der Linie 60 der Ingolstädter Verkehrsgesellschaft (INVG), die vom Nordbahnhof bis nach Irgertsheim reicht, wird wochentags nach der morgendlichen Hauptverkehrszeit ab 9 Uhr sowie ganztägig an Wochenenden und Feiertagen angeboten. Der Pilotversuch der INVG ist für ein Jahr geplant.

Um die Herausforderungen durch den Straßenverkehr in der boomenden Region 10 zu meistern, ist das koordinierte Zusammenspiel aller Beförderungsmittel unabdingbar. Eine besondere Rolle spielt dabei das Fahrrad, das zudem einen außerordentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. In Ingolstadt wird daher schrittweise ein Aktionsplan umgesetzt, der die Schanz noch attraktiver für Zweiradfahrer machen soll. Die Erfolge sind bereits sichtbar: Beim jüngsten Fahrradklima-Test des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) erreichte Ingolstadt hinter Erlangen und Oldenburg den hervorragenden dritten Platz in der Stadtgrößengruppe 100 000 bis 200 000 Einwohner. Und: Bei der ersten Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ hatten die Ingolstädter 2015 insgesamt über 800 000 Kilometer zurückgelegt.

„Ingolstadt ist schon jetzt hervorragend als Fahrrad-Stadt positioniert“, kommentierte denn auch Oberbürgermeister Dr. Christian Lösel kürzlich den Start eines ambitionierten INVG-Versuchs. „Mit dem Test ‚Fahrradmitnahme im Bus‘ erkunden wir konsequent weiteres Potenzial“, fügte Lösel hinzu, der als Vorsitzender des INVG-Aufsichtsrats die politische Verantwortung für das kommunale Unternehmen trägt. Im Laufe der kommenden zwölf Monate soll nun untersucht werden, ob das Miteinander von Drahteseln und Fahrgästen in den Ingolstädter Bussen funktioniert. Die Linie 60 ist für den Testbetrieb besonders geeignet, da sie vom ZOB bis nach Irgertsheim reicht und aufgrund ihrer Linienlänge für Fahrradfahrer interessant ist. Dadurch können die INVG-Experten Erfahrungen sammeln, um 2017 im Aufsichtsrat Bericht zu erstatten.

Mit dem Fahrrad in den Bus: Ab sofort können Fahrgäste der INVG auf der Linie 60 ihren Drahtesel mitnehmen. Sollte der Test erfolgreich sein, könnte die Regelung ausgeweitet werden.



Der neue Service gilt nur für Fahrräder normaler Bauart und Größe, nicht also für Tandems, Fahrradanhänger, Liege- oder Lieferräder. Die Voraussetzung: Es muss genügend Platz für das Fahrrad vorhanden sein. falt- und Klappräder hingegen können weiterhin ohne Einschränkungen und kostenlos in den INVG-Bussen mitfahren, da sie zusammengeklappt als Gepäckstücke gelten. Für die Mitnahme eines herkömmlichen Rads ist jeweils ein zusätzlicher Fahrschein erforderlich zum Preis einer Einzelfahrt für Kinder, derzeit Tarifstufe 1 für 1,30 Euro. Der Fahrgast muss außerdem seinen Mitnahmewunsch beim Fahrer anfragen. Der Zutritt erfolgt nur über die zweite Tür, der Fahrgast ist für den sicheren Halt des Fahrrads im Bus im Bereich der Sondernutzungsfläche verantwortlich.

In jedem Fall gilt: Rollstühle, Rollatoren oder Kinderwagen haben ebenso wie Fahrgäste immer Vorrang vor Fahrrädern. Im Bedarfsfall sollte der Fahrradfahrer mit seinem Zweirad Platz machen und das Fahrzeug verlassen. INVG-Geschäftsführer Dr. Frank weist auch auf mögliche Konflikte hin: „Der Testbetrieb auf einer Linie ist gut geeignet, um das Für und Wider der Fahrradmitnahme im Bus in der Praxis zu analysieren – ich setze auch auf die Rücksichtnahme der Fahrradfahrer, denn Vorrang müssen im Zweifel die Fahrgäste ohne

Fahrrad haben, die unbedingt auf den Bus angewiesen sind.“

Seit Jahren beschreitet die INVG innovative Wege, um barrierefreie, moderne und zuverlässige Services für alle Fahrgäste anzubieten. Die meisten Busse und Haltestellen sowie 209 von insgesamt 241 Fahrzeugen im INVG-Verkehrsverbund sind barrierefrei ausgestattet. Hinzu kommen akustische Informationen für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen an den Haltestellen. Die vollständige Inklusion für Menschen im Rollstuhl, mit Rollator oder Kinderwagen soll bis 2022 abgeschlossen sein. Damit erfüllt die INVG voll und ganz das Prinzip der sozialen Inklusion, das in der UN-Behindertenrechtskonvention weltweit gesetzlich vorgeschrieben wurde.

Impressum

Das Info-Magazin „Ingolstadt informiert“ wird herausgegeben von der Stadt Ingolstadt, Rathausplatz 2, 85049 Ingolstadt. V.i.S.d.P.: Dr. Dr. Gerd Treffer, Presseamt der Stadt Ingolstadt. Titelfoto: Vanessa Böhm (Foto: Bernd Betz) Gestaltung, Satz und Druck: DONAUKURIER Verlags-GmbH Stauffenbergstr. 2a, 85051 Ingolstadt Ausgaben online lesen: www.ingolstadt.de/informiert